

## Presseinformation 09/2025

# Klare Zeichen für Klimaschutz setzen

**Im vergangenen Bundestagswahlkampf wurden die beiden wichtigsten Themen, die die Politik in den kommenden Jahren prägen, der weltweite Klimawandel und die neue Weltordnung außen vor gelassen. Stattdessen erfolgte eine in Teilen absurde Ablenkungsdiskussion um die Migrationspolitik. Bereits kurz nach der Wahl planen diejenigen, die zuvor noch gegen jedwede weitere Verschuldung argumentiert haben, die größte Verschuldungsbeschlüsse aller Zeiten, um sich gegen die amerikanischen MAGA-Phantasien zu wehren.**

Es ist voraussehbar, dass in Kürze auch das Megathema Klimawandel wieder auf der Tagesordnung steht. Denn die physikalischen Gegebenheiten lassen sich nicht durch Kleinreden, Verdrängen oder Verleugnen verhindern. Der menschengemachte Klimawandel beherrscht unsere Lebensumstände in immer stärkerem Maße. Seit dem ersten Weltklimagipfel 1992 in Rio de Janeiro weiß die Welt, was auf uns zukommt. Die Welt kennt auch die Lösungen für einen Stopp eines weiteren CO<sub>2</sub> Ausstoßes. Dennoch lassen die Handlungen gegen diese existenzielle Krise zu wünschen übrig.

Die neue Bundesregierung muss deshalb genauso entschieden, wie sie sich gegen die neue Weltordnung der Autokraten wehrt, weitere Maßnahmen gegen den Klimawandel festschreiben, so der Verband für Wirtschaft und Umwelt. Er fordert in den anstehenden Koalitionsverhandlungen ein eindeutiges Bekenntnis zur Fortsetzung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, und insbesondere auch die Beibehaltung der Prioritätensetzung des Ausbaus als überragendes öffentliches Interesse vor anderen ebenfalls schützenswerten Interessen. Gerade die extreme Bürokratisierung beim Ausbau von Windkraft und Solaranlagen müsse deutlich zurückgeschnitten werden. Wer Bürokratieabbau fordere, solle als allererstes das Ausbautempo bei Windkraft an Land erhöhen. Der Landesverband Solarenergie in Rheinland-Pfalz fordert darüber hinaus, auch die Bürokratiehemmnisse beim Bau kleinerer Solaranlagen endlich deutlich zu reduzieren.

Es bedarf in Zukunft eine Stärkung der Bürgerenergie, eine Beschleunigung des Zubaus von Wärmepumpen und eine Förderung von Speichertechnologien und den Ausbau von Langzeitspeicheranlagen. Ein wichtiger Bestandteil der Mobilitätswende nimmt die Elektromobilität ein. Die Nutzung der Speicherkapazitäten rückspeisefähiger batterieelektrischer Fahrzeuge ist zu regeln und das Ein- und Ausspeichern durch Anreize zu fördern. Die rheinland-pfälzischen Verbände fordern auch Einführung einer direkten Rückerstattung der finanziellen Belastungen durch eine Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Steuer der Bürgerinnen und Bürger, die über ein Durchschnittseinkommen oder weniger verfügen.